



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dörlau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 20. Februar 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter. In der kommenden Woche findet die 18. Sitzungsperiode statt. Es stehen diesmal 25 Tagespunkte auf der Agenda. Hier ein kleiner Einblick:

1. „Moderne Fehlerkultur in der Polizei Sachsen-Anhalts ermöglichen“

Antragsteller ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aufgrund der jüngsten Vorkommnisse von nationalsozialistischem Gedankengut einer ehemaligen Polizeianwärterklasse an der Polizeihochschule Sachsen-Anhalts fordert diese die Landesregierung auf, den Sachverhalt kurzfristig ermitteln zu lassen und Bericht hierüber zu erstatten. Es soll darüber hinaus unter anderem geprüft werden, ob neben den geplanten Entlassungen auch eine Rückzahlung der Anwärtergrundbeträge gefordert werden müsse.

2. „Halle zum erfolgreichen Standort des Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit machen“

Einbringer der Aktuellen Debatte ist auch hier die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Chance, mit der Ansiedlung des Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit der Stadt Halle einen weiteren Schub für seine erfolgreiche Entwicklung zu geben, solle darauf abzielen, die „Strahlkraft“ der Stadt weit über Mitteldeutschland hinaus wirken zu lassen. Das Transformationszentrum wird in seiner Arbeit zur Dekarbonisierung und Klimaschutz immens gefordert, seine Beiträge zu leisten, damit einhergehende Umbruchserfahrungen erfolgreich bewältigt werden können.

3. „Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen und Flächenversiegelung verringern“

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Landesregierung auf, einen entsprechenden Bodenschutzplan inklusive eines Entsiegelungskatasters zu erarbeiten und bis Ende des Jahres 2023 hier im entsprechenden Ausschuss zu berichten. Der Landtag stimme dem Ziel der Landesregierung zu, die Neuversiegelung von Flächen bis 2030 auf unter einen Hektar pro Tag zu begrenzen. Darüber hinaus strebe der Landtag mittelfristig eine Flächenkreislaufwirtschaft an.

4. „Erdbebenhilfe vor Ort statt Visaerleichterungen und Migrationsförderung“

Antragsteller ist hier die Fraktion der AfD, welche die Landesregierung auffordert, sich im Bundesrat für die effektive und unverzügliche Verwendung der für die Entwicklungs- und Flüchtlingshilfe vorgesehenen Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Vorortversorgung der Erdbebenopfer einzusetzen. Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Bundesländer ein Mitspracherecht bei Bundesaufnahmeprogrammen für vorübergehend Schutzsuchende erhalten, da die Gewährleistung der Unterbringung immer schwieriger geworden ist. Darüber hinaus sollen keine Visaerleichterungen und keine Ausnahmen von Einreisebeschränkungen für Nicht-EU-Bürger gewährt werden.

5. „Baumschuld einlösen und Alleenschutz umsetzen!“

Antragsteller ist auch hier die Fraktion der AfD. Gefordert wird die Aufstellung eines Aktionsplans für eine Pflanzoffensive von Alleebäumen. Außerdem soll auch ein Allee-Konzept aufgestellt werden, wie u. a. der kurz- bis mittelfristige Ersatz von 25.800 stark geschädigten Bäumen in den Baumreihen und Allees der Bundes- und Landesstraßen kompensiert werden kann. Der Schutz und Erhalt der Allees, die zur kulturellen Identität des Landes gehören, entsprechen nationalen und internationalen Verpflichtungen.

Wie üblich melde ich mich mit den Ergebnissen der Plenarsitzung bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben